

STADT AHRENSBURG - STV-Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2007/ 115
öffentlich		
Datum 12.10.2007	Aktenzeichen FD I.1/ ha/gl	Federführend: Frau Haase

Betreff

Erlass der Haushaltssatzung 2008 für das Haushaltsjahr 2008 - Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts -

Beratungsfolge Gremium	Datum	Berichterstatter
Finanzausschuss	30.10.2007	
Bildungs-, Kultur- u. Sportausschuss	01.11.2007	
Bau- und Planungsausschuss	07.11.2007	
Werkausschuss	08.11.2007	
Hauptausschuss	12.11.2007	
Sozialausschuss	13.11.2007	
Umweltausschuss	14.11.2007	
Finanzausschuss	27.11.2007	
Stadtverordnetenversammlung	10.12.2007	Herr Koch

Finanzielle Auswirkungen	:	X	JA		NEIN
Mittel stehen zur Verfügung	:		JA		NEIN
Haushaltsstelle	:				
Gesamtausgaben	:				
Folgekosten	:				
Bemerkung:					

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 wird in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung beschlossen.

Sachverhalt:

1. Allgemeines

a) *Pflichtsatzung*

Nach § 77 Abs. 1 der Gemeindeordnung hat die Stadt für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen, in der neben der Höhe der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts die Ermächtigung zur Aufnahme von Investitions- und Kassenkrediten und die Steuerhebesätze festzusetzen sind. Der Erlass der Haushaltssatzung ist gem. § 28 Abs. 1 Nr. 1 und 2, § 79 Abs. 1 GO der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten.

b) *Haushaltsausgleich*

Gem. § 75 Abs. 3 GO soll der Haushalt in jedem Jahr ausgeglichen werden. Die "dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt" als ein Parameter auch für die Genehmigungsfähigkeit der Haushaltssatzung ist nur dann gewährleistet, wenn ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt wird.

Die Haushaltssatzung 2008 bedarf nicht der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht, da der Haushalt des Haushaltsjahres 2008, der drei nachfolgenden Haushaltsjahre sowie der Jahre 2006 und 2007 ausgeglichen war bzw. ist (§ 84 GO in Verbindung mit Landesverordnung zur Genehmigungsfreiheit von Rechtsgeschäften).

2. **Haushaltsentwurf 2008**

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2008 schließt ab

im Verwaltungshaushalt in Höhe von	54.180.500 €
(2007: 51.544.500 €)	
im Vermögenshaushalt in Höhe von	14.382.500 €
(2007: 9.759.200 €)	
somit im Gesamthaushalt insgesamt mit	68.563.000 €
(zum Vergleich 2007: 61.303.700 €)	

Anmerkung:

Die Zahlen für 2007 entsprechen dem Entwurf des 2. Nachtragsplanes 2007 (Stand: 02.10.2007)

Der **Gesamthaushalt 2008** steigt somit brutto gegenüber dem Vorjahr um 7.259.300 € (+ 11,84 %). Die Einzelhaushalte betrachtet, ergeben sich folgende Veränderungen:

Verwaltungshaushalt 2008:	+ 2.636.000 €	(+ 5,11 %)
Vermögenshaushalt 2008:	+ 4.623.300 €	(+ 47,37 %)

Die kalkulatorischen Kosten, die inneren Verrechnungen und die Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt haben einen Anteil von 7.962.800 € in 2008 (2007: 6.573.800 €). Wird das Volumen des Verwaltungshaushalts um diese Kostenanteile reduziert, ergibt sich eine Nettoausgabe von 46.217.700 € für 2008 gegenüber 44.970.700 € in 2007.

Die bereinigten Ausgaben steigen nur um 147.000 € oder rd. 0,52 % (von 28,3 Mio. € auf 28,45 Mio. €), wenn die Umlagen außer Acht gelassen werden. Diese umfassen 2008 einen Anteil von 17,77 Mio. € (2007: 16,67 Mio. €) der oben genannten Nettoausgaben von 46,218 Mio. €.

Die Steuereinnahmen bilden neben den Personalausgaben die "Eckpunkte" der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungsetats. Die Steuern unterliegen in besonderem Maße konjunkturellen Schwankungen. Dieses gilt besonders für die Gewerbesteuern und die Anteile an der Einkommensteuer. Während die Grund- und Gewerbesteuererinnahmen von der Kommune selbst eingeschätzt werden können, ist sie bei der Schätzung der Einkommensteuer auf den Haushaltserlass, d.h. Aussagen des Landes, angewiesen. Die Gewerbesteuern waren 2007 belastet durch einmalig hohe Erstattungen und eine daraus folgende Korrektur der Vorauszahlungen.

3. Auf weitere wesentliche Änderungen wird nachfolgend kurz eingegangen.

3.1 Einnahmen des Verwaltungshaushalts

Durch die Grundsteuer B können rd. 4,2 Mio. € eingenommen werden.

Der Gewerbesteueransatz wurde 2007 auf ursprünglich 22,5 Mio. € veranschlagt und durch den 2. Nachtragshaushalt auf 19,0 Mio. € heraufgesetzt. Für 2008 werden 20,0 Mio. € veranschlagt.

Nach dem Haushaltserlass vom 17.09.2007 wird für 2008 landesweit empfohlen, von einem Landesaufkommen der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer von 840 Mio. € auszugehen. Dieses führt zu einem Einkommensteueranteil von 12,98 Mio. €. Damit setzt sich der positive Trend fort, der 2007 bereits festzustellen war. Der Anteil von urspr. 707 Mio. € wurde in 2007 auf 783 Mio. € heraufgesetzt.

Die Schlüsselzuweisungen steigen lt. Haushaltserlass von 665.000 € auf 680.000 €.

Die Verwaltungsgebühren sinken um rd. 40.000 € gegenüber 2007 auf rd. 420.000 €. Der höchste Anteil entfällt unverändert auf Baugebühren in Höhe von 145.000 €. Die Benutzungsentgelte erreichen mit 1,80 Mio. € in etwa das Vorjahresniveau. Dies gilt auch für die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung (1,81 Mio. €)

Die Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts sinken gegenüber 2007 von 5,465 Mio. € auf 5,279 Mio. €. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die einmalige Erstattung von Beratungskosten der Vorjahre durch die Gasversorgung Ahrensburg GmbH (GAG) in 2007.

Die Gewinnanteile von Dritten steigen gegenüber 2007, da die Stadt 2008 das erste Mal von der GAG Zinsen für das ihr zur Verfügung gestellte Eigenkapital erhalten wird – veranschlagt sind 200.000 €. Ferner sind 100.000 € Eigenkapitalverzinsung veranschlagt vom Betriebszweig Bauhof. 2007 musste dieser Ansatz von 129.000 € (entsprach dem Ansatz des Wirtschaftsplanes) auf 19.000 € reduziert werden.

Die Konzessionsabgaben steigen von 1,9 Mio. € auf 2,65 Mio. €. Dies ist auf eine Nachzahlung für die Jahre 2004 bis 2006 im Bereich der Gasversorgung zurückzuführen. Im Konzessionsvertrag zwischen GAG und Stadt wurde die höhere Abgabe vereinbart. E.ON hat für die Zeit ab 01.01.2004 allerdings nur die niedrigere Abgabe entrichtet und noch nachzuzahlen

3.2 Ausgaben des Verwaltungshaushalts

Die Personalausgaben liegen bei 10,73 Mio. € gegenüber 10,75 Mio. € im Vorjahr. Die stellenplangebundenen Personalausgaben umfassen 2008 10,199 Mio. € (2007: 10,246 Mio. €), jeweils inkl. 150.000 € Beihilfeaufwendungen und sinken somit um rd. 50.000 €.

Beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Gruppierung 50 – 56) sinken die Ausgaben um rd. 105.000 € von 8,36 Mio. € auf 8,255 Mio. €.

Die Geschäftsausgaben bleiben mit 1,44 Mio. € gegenüber 1,45 Mio. € nahezu konstant. Hierin sind sowohl die Kosten für Bücher und Drucksachen, Papier, Post- und Fernmeldegebühren, Kosten für Bekanntmachungen wie auch Beratungs- und Gutachterkosten und weitere Bauhofleistungen enthalten.

2007 wirkten sich besonders die Beratungskosten für die Umstellung des Haushaltswesens (75.000 €, 2008: 25.000 €), die Kosten der Stadtplanung für die Anfertigung von Planungsunterlagen (90.000 €, 2008: 70.000 €) und 40.000 € für das Stadtmarketing (2008: ebenfalls 40.000 €) aus. 2008 liegt neben den bereits genannten Bereichen der Schwerpunkt in der Stadtplanung mit weiteren 100.000 € beim Stadtentwicklungskonzept (2007: 50.000 €), 30.000 € für die Bauleitplanung Beimoor Süd (2007: 50.000 €), 50.000 € für die Fortschreibung des Generalverkehrsplanes (2007: 25.000 €) und 80.000 € für die Zukunftswerkstatt Stadtentwicklung.

Enthalten sind unter Gruppierung 6580 ferner Erstattungen an den Bauhof. Der dort veranschlagte Anteil sinkt um rd. 30.000 €. Die Ausgaben für innere Verrechnungen steigen – siehe oben: Einnahmen/ Erstattungen des Verwaltungshaushalts – um rd. 100.000 €.

Für den Kostenanteil der Unterkunft (Kostenanteil Grundsicherung) sind 506.000 € veranschlagt. Es ist abzuwarten, ob es bei der Beteiligung des Bundes von 29,1 % bleibt.

Für Zuweisungen und Zuschüsse im Verwaltungsetat (Gruppierung 70 + 71) entstehen 2008 Ausgaben von 4,73 Mio. €. Diesen steht eine Veranschlagung 2007 von 4,61 Mio. € gegenüber. Die Veränderung erklärt sich insbesondere durch höhere Zuschüsse im Kindertagesstättenbereich (inkl. Horte), erhöhte Zuweisungen an den Gewässerpflegeverband (+ 30.000 €) sowie einen höheren Zuschuss an den Kreis für den ÖPNV (+ 20.000 €). Der Zuschuss an die Bad GmbH sinkt dagegen von 1,5 Mio. € auf 1,45 Mio. € ab.

Die Zinsbelastung steigt infolge der Neuverschuldung um rd. 250.000 € auf rd. 810.000 €.

Vom Gewerbesteueraufkommen hat die Stadt 2007 an Bund und Land als Gewerbesteuerumlage 3,7 Mio. € - bei einem Umlagesatz von 65 % - abzuführen.

Ein wesentlicher Bestandteil der von der Stadt zu zahlenden Finanzumlagen sind die Kreis- und die Finanzausgleichsumlage. Der Kreis Stormarn erhebt - soweit seine sonstigen Einnahmen den Ausgabenbedarf nicht decken - nach den Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes eine Kreisumlage.

Die Kreisumlage wird infolge der für die Berechnung maßgeblichen Zeiträume des III. Quartals 2006 bis inkl. II. Quartals 2007 von 11,305 Mio. € auf 12,475 Mio. € ansteigen.

Die Finanzausgleichsumlage steigt gegenüber 2007 von 1,365 Mio. € auf 1,58 Mio. €. Die Zahlen sind noch nicht verbindlich, solange die Festsetzung des Grundbetrages nicht bestätigt wird. Dieser wird vom Land festgesetzt. Nach dem Haushaltserlass für 2008 wird der Grundbetrag auf 814 € angehoben (vgl. 2007: 840 €).

4. Zu den wichtigsten Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes

Das Volumen des Vermögenshaushalts steigt gegenüber dem Vorjahr um 4,62 Mio. € auf rd. 14,38 Mio. € an. Dieses entspricht einer Steigerung von rd. 47,4 % und erreicht wieder den Ansatz 2006. Gemessen an dem bereinigten Ausgabevolumen des Verwaltungshaushalts von 46,2 Mio. € ergibt sich ein Anteil von 31,12 % (Vorjahr: rd. 21,7 %).

Die Einnahmen des Vermögenshaushalts sind:

A	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	3.172.800 €	22,06 %
B	Rücklagenentnahmen	1.000.000	6,95 %
C	Darlehensrückflüsse	36.400 €	0,25 %
D	Grundstückserlöse	2.780.500 €	19,33 %
E	Sonst. Vermögenserlöse	1.200 €	0,01 %
F	Beiträge und ähnliche Entgelte	636.400 €	4,42 %
G	Zuweisungen und Zuschüsse	1.708.800 €	11,88 %
H	Kredite	5.046.400 €	35,09 %
	S u m m e	14.382.500 €	100,00 %

Zu A) Zuführung vom Verwaltungshaushalt

Der Zuführungsbetrag des Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt übersteigt die Höhe der Pflichtzuführung, d. h., die Höhe der veranschlagten ordentlichen Tilgungsausgaben, mit 3,17 Mio. € erheblich, sollte aber nicht darüber hinweg täuschen, dass diese Situation sich in Abhängigkeit von der Gewerbesteuer- und Einkommensteuerentwicklung kurzfristig ändern kann. In dieser Höhe wird ein Beitrag zur Eigenfinanzierung des Vermögenshaushalts geleistet.

Zu B) Rücklagenentnahmen

Die Rücklage weist durch den Jahresabschluss 2006 einen Bestand von rd. 1,0 Mio. € auf, der in dieser Höhe zur Teilfinanzierung des Vermögenshaushalts auch wieder eingesetzt werden muss.

Zu D) Grundstückserlöse

Die Grundstückserlöse sind mit 2,78 Mio. € veranschlagt und liegen damit um rd. 1,3 Mio. € unter dem Ansatz 2007. Sie resultieren im Wesentlichen aus der Veräußerung von Teilflächen des Geländes "Beimoor-Süd".

Zu F) Beiträge und ähnliche Entgelte

Die Beiträge sollen 2007 rd. 0,636 Mio. € erreichen. Insbes. werden 2007 Ablösungsbeträge für die Erschließung Beimoor Süd erwartet (2. Rate).

Zu G) Zuweisungen und Zuschüsse

Zuweisungen und Zuschüsse sind in Höhe von 1,709 Mio. € kalkuliert. Davon entfallen bis zu 1,0 Mio. € auf den Neubau des Haltepunktes Nord. Daneben könnten Zuweisungen für den Umbau des Bahnhofes von rd. 480.000 € eingehen.

Zu H) Kredite

Um die veranschlagten Ausgaben finanzieren zu können, ist ein Kreditbedarf in Höhe von 5,064 Mio. € erforderlich. Daher sollten – auch im Rahmen der Umsetzung des beschlossenen Haushaltes - alle Anstrengungen fortgesetzt werden, diese Neuverschuldung zu verringern.

4.1 Ausgaben des Vermögenshaushaltes

A	Rücklagenzuführungen	23.500 €	0,16 %
B	Darlehensgewährungen	58.000 €	0,40 %
C	Erwerb von Beteiligungen	0 €	0,00 %
D	Grunderwerb	3.275.000 €	22,77 %
E	Erwerb von beweglichen Sachen	1.466.200 €	10,19 %
F	Bauinvestitionen	8.577.600 €	59,64 %
G	Zuweisungen und Zuschüsse	475.000 €	3,30 %
H	Kredittilgung	502.500 €	3,49 %
I	Deckungsreserve Vermögenshaushalt	4.700 €	0,03 %
	Summe	14.382.500 €	100,00 %

Die investiven Ausgaben zu E/ Bauinvestitionen verteilen sich im Wesentlichen wie folgt:

Projekte/ Maßnahmen	Haushalt 2008
Rathaussanierung (Büros, Heizungsanlage usw.)	345.000 €
Umbau der Archivräume	100.000 €
Grundschulen	1.002.000 €
davon Teilneubau GS Am Schloss: 380.000 €	
Förderzentrum Fritz-Reuter-Schule (Brandschutz)	115.000 €
Planungskosten Neubau Altentagesstätte	100.000 €
Herrichten von Park- und Grünanlagen	220.000 €
Planungskosten Realisierungskonzept Schlosspark (Umsetzung geplant 2010/2011)	100.000 €
Freiflächengestaltung Große Straße und Ausbau Mittelfahrbahn/ 1. BA	1.360.000 €
Straßenbau mit Nebenanlagen AB 63 – 66	915.000 €
davon Ausbau Stormarnstraße/ 2. BA: 700.000 €	
Planungskosten Haltepunkt Nord und Bau der Er- schließungsstraße, P+R-Anlage, etc. (1. BA)	2.300.000 €
Erschließung Beimoor-Süd	500.000 €
Beiträge an SBA für Beimoor-Süd	588.000 €
SUMME o. g. Baukosten	7.645.000 €

Daneben werden für den Erwerb von weiteren Grundstücksflächen angrenzend an das Gewerbegebiet Beimoor Süd 1,65 Mio. € bereitgestellt. Hierbei handelt es sich um die erste Rate (von 3 Jahresraten) für Grundstücke, die insbes. der Erweiterung des Gewerbegebietes dienen sollen. Ein Großteil der Flächen Beimoor-Süd ist veräußert. Die Nachfrage insbes. nach größeren Grundstücken kann nicht befriedigt werden. 2007 wurden nach Beschluss des Finanzausschusses erste Gespräche mit Grundstückseigentümern in diesem Bereich aufgenommen. Der Kaufpreis von 4,5 Mio. € ist – dies kann nicht verschwiegen werden – derzeit eine hohe Belastung für die Stadt, aber auch eine Investition in die eigene Zukunft.

Weitere 1,55 Mio. € sind zu zahlen für Flächen zur Errichtung des Haltepunktes Nord, der sowohl das Gewerbegebiet wie auch die Bewohner des Stadtteiles Gartenholz besser an den ÖPNV anbinden soll. Der Vertrag wurde bereits zu Lasten des Jahres 2008 aufgrund der im 1. Nachtragshaushalt 2007 bereitgestellten Verpflichtungsermächtigung abgeschlossen. Für den Haltepunkt Nord werden nur Teilflächen benötigt. Der Eigentümer war jedoch nur bereit, die Erweiterungsfläche seines Gewerbebetriebes vollständig zu veräußern.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Gewährung eines Investitionskostenzuschusses (1. Rate: 460.000 €) an die Schützengilde und die damit zusammenhängende mögliche Entwicklung von Sportflächen in Beimoor-Süd.

5. Verschuldung

Die Verschuldung der Stadt (ohne Stadtbetriebe) wird Ende 2008 bis zu 16,9 Mio. € betragen, da nach 2006 (4,624 Mio. €) mit 5,046 Mio. € erneut eine erhebliche Neuverschuldung erforderlich wird; dieses obwohl außer dem Grunderwerb aus Sicht der Verwaltung eher Sanierungs- als freiwillige Projekte/ Ausgaben den Vermögenshaushalt 2008 prägen. Die Baumaßnahmen „Ausbau der Großen Straße inkl. Gestaltung dieser Freiflächen“ (bezuschusst mit 40 %) und Teilneubau der Grundschule Am Schloss sowie Grunderwerb Beimoor belasten in erheblichem Maß auch das Folgejahr bzw. die beiden Folgejahre. Der Investitionshaushalt 2009 sieht gegenwärtig mit 5,02 Mio. € eine Neuverschuldung in gleicher Höhe wie 2008 vor.

Steigt die Verschuldung Ende 2008 auf 16,9 Mio. € an, ergibt sich eine Verschuldung pro Einwohner von 557,23 €. Für die Tilgung sind 2008 0,585 Mio. €, für Zinsausgaben weitere 0,810 Mio. € veranschlagt. Der Zinssatz für Kommunalkredite steigt derzeit an, zurzeit wären rd. 4,8 % zu zahlen.

6. Aussichten

Der Verwaltungshaushalt 2008 ist unverändert ausgeglichen. Allerdings hat gerade das Jahr 2007 gezeigt, welchen Schwankungen die Gewerbesteuer, die neben der Einkommensteuer die Hauptsäule der Einnahmen des Verwaltungshaushalts darstellt, unterliegt. Der Zuführungsbetrag des Verwaltungshaushalts von 3,173 Mio. € basiert auf der Annahme, dass Einkommensteuern von 12,98 Mio. € (Plan 2007: 12,1 Mio. €, Ergebnis 2006: 11,065 Mio. €) eingehen, weiterhin 20,0 Mio. € Gewerbesteuern (Plan 2007: 19,0 Mio. €). Er übersteigt abermals die Pflichtzuführung in Höhe der Tilgungsausgaben noch erheblich, sodass 2,588 Mio. € als Eigenanteil der zu finanzierenden Investitionen eingesetzt werden können.

Die Allgemeine Rücklage wird bereits 2007 zur Finanzierung des Vermögenshaushalts teilweise benötigt und 2008 aufgebraucht sein. Obwohl bekannt ist, dass eine Rücklage zum Ausgleich von Haushaltsrisiken dringend erforderlich ist – früher wurden 1,5 % der Ausgaben des Verwaltungshaushalts = rd. 0,8 Mio. € als Bestand empfohlen – ist gegenwärtig nicht erkennbar, dass dieses in Ahrensburg umgesetzt werden kann. Im Hinblick auf die Neuverschuldung sind Bestrebungen zur Haushaltskonsolidierung unverändert erforderlich, allerdings vorrangig im Vermögenshaushalt. Es muss überlegt werden, welche freiwilligen Projekte tatsächlich finanzierbar sind. Infrastrukturmaßnahmen wie die Sanierung von Straßen oder Schulen dürfen hierunter nicht leiden. Auch bei Förderungen von dritter Seite – wie dem Realisierungskonzept zur Attraktivierung der Innenstadt - muss dieser Grundsatz gelten. Eine Anhebung des Zuführungsbetrages zur Erhöhung des Eigenfinanzierungsanteils könnte z. B. durch die Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuern A und B erfolgen.

Der Hebesatz wurde ab dem Haushaltsjahr 2003 auf 300 % festgesetzt – seinerzeit in Anlehnung an die für Anträge nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) maßgeblichen Hebesätze. Diese Grenze liegt seit dem 01.01.2006 bei 330 %. Es ließen sich Mehreinnahmen von bis zu 400.000 bis 500.000 € erzielen, bei einer Anhebung auf 310 % noch bis zu 200.000 €. Die Verwaltung hat eine derartige Anhebung - mit Blick auf die ablehnende Haltung der vergangenen Jahre - bewusst nicht vorgesehen.

Positiv und im Haushaltsansatz bereits berücksichtigt wirkt sich für die Kommunen unverändert die Senkung der Gewerbesteuerumlage aus. Diese sinkt 2008 abermals von jetzt 73 % auf 65 %. Ab 2009 wird sie sich bei ca. 70 % einpendeln. Für 2008 sind – wie ausgeführt – 20 Mio. € Gewerbesteuerereinnahmen einkalkuliert. Hiervon werden 2008 276 % (von 350 %) bei der Berechnung der Steuerkraft berücksichtigt und sind tlw. in Form der Finanzausgleichs- und Kreisumlage an insbes. Kreis und Land abzuführen. Die Finanzplanung der Jahre ab 2008 beruht auf realistischer Fortschreibung - aus heutiger Sicht. Die Einkommensteuerschätzung beruht auf dem Haushaltserlass für 2008. Es bleibt abzuwarten, ob die Einschätzung des Bundes sich bestätigt.

Die Investitionen steigen 2008 um rd. 45 % (+ 4,62 Mio. €) gegenüber 2007 und erreichen damit annähernd das Niveau von 2006. Die Jahre 2004, 2005 und 2007 lagen allerdings deutlich darunter. Die Steigerung ist insbes. auf die erwähnten außerordentlich hohen Kosten für Grunderwerb, aber auch im Baubereich, zurückzuführen.

2008 soll – siehe oben – der Ausbau der Mittelfahrbahn der Großen Straße von Woldenhorn bis Rondeel und der angrenzenden Freiflächen beginnen. Dies erfolgt parallel zum 2. Bauabschnitt für das geplante EKZ Klaus-Groth-Straße. Dieser Ausbau ist vordringlich, auch zur Ausweisung von Parkplätzen in der Innenstadt. Die Maßnahmen orientieren sich an dem 2004 erarbeiteten Konzept für die Landesgartenschau. Sie lassen sich nur mit Beteiligung von privater oder öffentlicher Seite umsetzen. Für die dargestellten Maßnahmen konnte seitens des Landes eine Förderung von 40 % gewonnen werden, die überwiegend aber erst 2009 gezahlt wird. Einen weiteren Bauschwerpunkt bilden der Haltepunkt Nord und der Beginn eines Teilneubaus der Grundschule Am Schloss.

Die im Zeitraum 2009 bis 2011 dargestellten Investitionen sind mit dem Ziel der Reduzierung/ Verschiebung weiterhin kritisch zu betrachten, um die Neuverschuldung abzumildern. Auf diesem Hintergrund sind auch alternative Finanzierungsmodelle zu prüfen. Dieses gilt insbes. für den ab 2009 beabsichtigten Neubau des Peter-Rantzau-Hauses am Stormarnplatz. Es ist zu entscheiden, ob dieser Neubau in Eigenregie oder als ppp-Modell - wie der Neubau der Sporthalle an der IGS - erfolgen soll. Allerdings sind – bei einem vergleichbaren Kostenvolumen – bei Realisierung als ppp-Modell rd. 300.000 € jährlich für Bewirtschaftung und insbes. Finanzierung an den Bauträger zu entrichten, dies für die Dauer von 20 Jahren. Dadurch wird der Verwaltungsetat in diesem Zeitraum dauerhaft eingeschränkt.

Pepper
Bürgermeisterin

Anlagen: 1. Haushaltssatzung 2008
2. Übersicht zu Verpflichtungsermächtigungen 2008